



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Technischen und Umweltausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 12. Juni 2023**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14 Uhr

Ende: 15:50 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Fortschreibung des Bau- und Investitionsprogramms Straßen und Radwege; Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen für den Haushalt 2024; Fahrzeug- und Gerätebeschaffung	2023/133
2.	Allgemeine Vorschrift zum Deutschlandticket	2023/145
3.	K 6113 zwischen Raithaslach und Heudorf; Rückbau der Kreisstraße	2023/136
4.	Photovoltaikanlagen auf den Liegenschaften des Landkreises Konstanz; Vergaben für das Jahr 2023	2023/144
5.	Regenbogen-Schule Konstanz; Vergabe Lieferung und Montage von zwei Klassenzimmer-Containern	2023/155
6.	Landratsamt Konstanz, Dienstgebäude Benediktinerplatz - Brandschutzmaßnahmen (Fluchtstege); Vergabe Stahlbauarbeiten	2023/156
7.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
8.	<u>Aufgaben des Betriebsausschusses "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz"</u>	
8.1.	Eigenbetrieb "Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz"; Jahresabschluss 2022	2023/150
8.2.	Kalkulation der Abfallgebühren für die Jahre 2024 und 2025	2023/088
8.3.	ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz GmbH; Neuvergabe der Containergestellung für den Bahntransport vom Landkreis Konstanz zur KVA Thurgau	2023/083
8.4.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Auer, Thomas, Dr. (als Vertretung für den entschuldigtem **Klinger**, Michael, Dr.)

Brachat-Winder, Birgit

Enderlin, Florian

Frank, Saskia

Friedrich, Stefan (als Vertretung für den entschuldigtem **Burchardt**, Uli)

Geiger, Georg, Dr.

Jüppner, Manfred

Maier, Bernhard

Mors, Benjamin

Ossola, Manfred

Pschorr, Simon

Rist, Karl-Hermann

Röckelein, Nina

Schmid, Andreas

Schneble, Martin

Schrott, Walfried (als Vertretung für den entschuldigtem **Storz**, Hans-Peter, MdL)

Volk, Bernhard

Zähringer, Markus

Entschuldigt

Amann, Karl

Burchardt, Uli

Eisenhut, Bernhard, MdL

Klinger, Michael, Dr.

Seitzl, Lina, Dr., MdB

Storz, Hans-Peter, MdL

Verwaltung

Gärtner, Philipp, ELB

Nops, Harald

Neugebauer, Boris

Bittermann, Jens

Kaufhold, Maria, Dr.

Kruthoff, Simone

Quarch, Felix

Schieß, Timo

Schulz, Gebhard

Seidl, Karin

Unger, Ute

Protokoll

Schmidt, Steffen

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

**1. Fortschreibung des Bau- und Investitionsprogramms Straßen und Radwege;
Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen für den Haushalt 2024;
Fahrzeug- und Gerätebeschaffung**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schieß** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Pschorr**

Mit welcher Antriebsart werden der LKW und der Mannschaftstransportwagen beschafft?

Kreisrat **Storz**, MdL

Weshalb ist der Radweg von Markelfingen nach Kaltbrunn so kostenintensiv?

Wie ist der aktuelle Sachstand beim von der Gemeinde angefragten Radweg zwischen Hilzingen und Dietlishof?

Kreisrätin **Röckelein**

Aus den Unterlagen wird nicht immer klar ersichtlich, wie die Ausbaumaßnahmen ausgestaltet sind und ob eine Verbreiterung der Straßen vorgesehen ist.

Das Radwegebauprogramm ist positiv zu beurteilen, die Zeitspanne im Jahr 2025, in der keine Baumaßnahmen geplant sind, könnten gefüllt werden, indem die Planung bei den weiteren Projekten beschleunigt wird. Dies wäre ggfs. möglich durch die Schaffung einer Stelle oder durch die externe Vergabe von Planungsmaßnahmen. Die Investitionskosten können größtenteils aus Fördertöpfen finanziert werden.

Ist es nicht möglich, den Mannschaftstransportwagen mit elektronischem Antrieb zu beschaffen? Welche Anforderungen sprechen dem entgegen?

Kreisrat **Schmid**

Das vorgesehene Programm ist nachvollziehbar.

Wie erfolgt der Austausch mit den Schweizer Behörden, damit die Radwege nicht an den Landesgrenzen enden?

Kreisrat **Rist**

Beim aktuellen Radweg zwischen Wahlwies und Stahringen handelt es sich nicht um eine alltagstaugliche Verbindung. Warum soll dieser erst im Jahr 2028 umgesetzt werden, wenn die Planung bereits einige Jahre vorher durchgeführt wird?

Kreisrat **Maier**

Der Radweg auf Gemarkung Volkertshausen ist aufgrund des Brückenbaus über die Autobahn sehr kostenintensiv. Kann dieser nicht an die bestehende Brücke angeschlossen werden?

Kreisrat **Volk**

Wofür ist die erneute Planungsrate bei der K 6115 vorgesehen?

Vorsitzender

Die Entscheidung für Tagesordnungspunkt 3 (Rückbau der K 6113) wird separat getroffen. Sofern dem Verwaltungsvorschlag gefolgt wird, wird der Rückbau für die kommenden Jahre

geplant.

Herr **Schieß**

Die Fahrzeuge werden aufgrund der notwendigen Anforderungen (Anhängerkupplung, Reichweite, Nutzlast) als Dieselfahrzeuge beschafft, die aber auch mit Hydrotreated Vegetable Oil (HVO)-Kraftstoff kompatibel sind.

Bei den Kostenangaben für den Radweg an der K 6168 in Markelfingen handelt es sich um eine aktuelle Kostenschätzung. Aufgrund der gestiegenen Baupreise und der geplanten Ausbaulänge scheint die Kostenschätzung gerechtfertigt. Außerdem wird der Ausbau mit fast 90 Prozent bezuschusst.

Zum möglichen Radweg an der K 6154 zwischen Hilzingen und Dietlishof gibt es keine Neuigkeiten. Dietlishof ist einigermaßen gut erreichbar und ein Großteil des Radverkehrs wird entlang der Bundesstraße nach Gottmadingen geführt.

Der Übergang von deutschen zu Schweizer Radwegen ist durch den Farbwechsel – weiß zu gelb – ersichtlich. Eine Schwierigkeit ist, dass in der Schweiz außerhalb der Ortschaften keine Radwege gebaut werden, sondern lediglich Markierungen vorgenommen werden.

Beim Radweg an der K 6165 von Stahrigen nach Wahlwies handelt es sich um eine wichtige alltägliche Verbindung, die parallel zum Ausbau der Kreisstraße geplant wird.

Beim Radweg an der K 6120 über die Autobahnbrücke bei Volkertshausen wurde eine andere Bauweise geprüft. Ein Anbau an die bestehende Brücke ist aus statischen Gründen nicht möglich. Etwas anderes, als ein eigenständiges Bauwerk, wurde von der Autobahn GmbH des Bundes nicht zugelassen. Auch diese Maßnahme wird bezuschusst.

Bei der erneuten Planungsrate für die K 6115 handelt es sich um Planungsmittel für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Projekts, z. B. für Bodengutachten. Der Ausbau ist für das Jahr 2026 geplant.

Im Allgemeinen werden bereits viele Planungsmaßnahmen an externe Ingenieurbüros vergeben, um den Fortschritt zu beschleunigen. Dies verursacht jedoch erhöhten Aufwand bei der Überwachung.

In der Regel beträgt die Ausbaubreite sechs Meter. Bei einer Sanierung im Bestand wird die vorhandene Breite beibehalten. Ortsdurchfahrten werden bei Sanierungen häufig ausgebaut, um Umleitungsverkehr abbilden zu können. Zukünftig kann gerne die aktuelle Straßenbreite sowie die geplante Ausbaubreite der Netzabschnitte in die Vorschlagslisten aufgenommen werden.

Kreisrätin **Röckelein**

Kann anhand des Mannschaftstransportwagens konkret aufgezeigt werden, weshalb ein elektronischer Antrieb die Anforderungen derzeit nicht erfüllt?

Herr **Neugebauer**

Dies kann gerne nachgereicht werden.

Kreisrat **Enderlin**

Wie ist der aktuelle Stand bei den Radschnellverbindungen? Wie sieht die weitere Planung auf der Achse Konstanz – Radolfzell – Singen aus?

Vorsitzender

In der letzten Haushaltsplanberatung wurde davon abgesehen, hierfür finanzielle Mittel bereitzustellen. Nach der gemeinsamen Bereisung der Strecke bestand große Einigkeit, dass auf der Strecke zwischen Konstanz und Radolfzell der Ausbau zum Radschnellweg derzeit keine

Option ist.

Innerhalb der Gemarkung Konstanz ist die Stadt Konstanz für die Streckenführung verantwortlich. Es wird außerdem angestrebt, die derzeitige Streckenführung zwischen Reichenau und Allensbach auch nach der Fertigstellung der B 33 beizubehalten.

Kreisrätin **Brachat-Winder**

Die Fremdvergaben an die Ingenieurbüros verursachen weitere Kosten. Mit diesem Budget könnte man sicherlich auch eine Stelle in der Verwaltung besetzen und die Umsetzungsgeschwindigkeit der Maßnahmen verbessern.

Vorsitzender

Eine Fremdvergabe ist deshalb sinnvoll, weil die Fördersätze sehr hoch sind. Weiteres Personal bei der Kreisverwaltung wäre aber ebenfalls sinnvoll, muss allerdings auch mit dem Haushaltsplan in Einklang gebracht werden. Der Zeithorizont ist aus Sicht der Verwaltung akzeptabel. Die Projekte werden so umgesetzt, wie Ressourcen zur Verfügung stehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (mehrheitliche Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen):

1. Das Bau- und Investitionsprogramm Straßen 2024 - 2027 wird gemäß Vorschlagsliste beschlossen.

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig, 2 Enthaltungen):

2. Das Bau- und Investitionsprogramm Radwege 2024 - 2027 wird gemäß Vorschlagsliste beschlossen.
3. Den geplanten Deckenerneuerungen 2024 - 2027 wird gemäß Vorschlagsliste zugestimmt.

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (mehrheitliche Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung):

4. Der vorgesehenen Fahrzeug- und Gerätebeschaffung 2024 - 2027 wird gemäß Vorschlagsliste zugestimmt.

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig, 1 Enthaltung):

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage 1 bis 4 aufgeführten Bau- und Investitionsmaßnahmen (Straßen, Radwege, Deckenerneuerungen, Fahrzeug- und Gerätebeschaffung) im Entwurf des Kreishaushalts 2024 zu veranschlagen.
6. Die unter Ziffer 5 veranschlagten Beträge stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2024.

Hinweis:

*Kreisrat **Pschorr** bat um getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 4 des Beschlussvorschlags.*

2. Allgemeine Vorschrift zum Deutschlandticket

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

Der Kreistag beschließt die Satzung i.S. der VO (EG) 1370/2007 über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket als Allgemeine Vorschrift ab 1. Mai 2023 für das Gebiet des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee (VHB).

**3. K 6113 zwischen Raithaslach und Heudorf:
Rückbau der Kreisstraße**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schieß** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Jüppner**

An dieser Stelle gibt es mehrere Kreisstraßen mit ähnlichem Verlauf. Daher ist die Maßnahme grundsätzlich nachvollziehbar. Im Hinblick auf den Kostenaufwand für die daraus resultierenden Ökopunkte stellt sich die Frage, ob das Budget nicht anderweitig besser verwendet werden könnte.

Wäre es möglich, die Straße zu entwidmen, ohne den Rückbau durchzuführen? Wenn keine Pflicht zum Rückbau besteht, sollte darüber nachgedacht werden, die Straße der Natur zu überlassen.

Kreisrat **Volk**

Die Fraktion der Freien Wähler hatte ähnliche Gedanken. Der bereits beachtliche Planungsbetrag könnte weiter ansteigen, wenn die Erschließung für den Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung nachträglich noch herzustellen ist.

Im Landkreis gibt es Kreisstraßen in deutlich schlechterem Zustand. Die hierfür geplanten Mittel sollten anderweitig eingesetzt werden.

Im Endeffekt werden die Kosten lediglich verlagert, denn die Betriebskosten für den Landkreis werden zu Mehrkilometern durch die Umfahrung für die Nutzerinnen und Nutzer. Dies sind immerhin circa 150.000 Kilometer pro Jahr. Der Rückbau sollte daher hinterfragt werden.

Kreisrat **Storz**, MdL

Diese mutige Entscheidung der Verwaltung zum Rückbau sollte unterstützt werden. Eine Teerwüste kann nicht hinterlassen werden, dies hat sicherlich Auswirkungen auf das Ökosystem.

Kreisrätin **Frank**

Der Verwaltungsvorschlag wird unterstützt.

Wer ist für den Betrieb der Straße zuständig, wenn die Straße entwidmet wird?

Wenn die Straße als Wirtschaftsweg weiterbetrieben wird, reduziert sich dann die Zahl der Ökopunkte?

Kreisrat **Pschorr**

Ist es umweltschutzrechtlich zulässig, die Straße ohne Rückbau zu entwidmen?

Kreisrat **Schmid**

Die alte Landstraße zwischen Öhningen und Schienen wurde nie zurückgebaut. Hier hat sich die Natur die Fläche zurückgeholt.

Die zusätzlichen Kilometer durch die Ausweichstrecke entstehen nicht bei allen Streckenzielen, da auch anderweitige Verbindungen bestehen.

Kreisrat **Jüppner**

Es wird folgender Beschlussantrag gestellt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwidmung der K 6113 ohne Rückbau durchzuführen, sofern dies rechtlich zulässig ist.
2. Die aufgrund des Verzichts auf den Rückbau eingesparten Planungs- und Baumittel werden für den Radwegebau verwendet.

Herr **Neugebauer**

Diese Kreisstraße ist für das Straßennetz nicht bedeutend, deshalb wird die Entwidmung mit Rückbau angestrebt. Eine Abstufung kommt aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht in Betracht, da dann mit der Gemeinde geklärt werden müsste, ob diese Interesse an der Straße hat. Der Zustand der Straße spricht nicht dafür, dass dies eine Option sein könnte. Der Beschluss zur Entwidmung könnte heute gefasst werden.

Die Nutzung der Straße trotz Entwidmung als „Promilleweg“ ist eine straßenverkehrsrechtliche Frage, die durch die entsprechende Beschilderung gelöst werden muss.

Kreisrat **Schrott**

Es spricht vieles für den Rückbau, denn es handelt sich um eine ökologisch sinnvolle Maßnahme. Die Verfehlungen der Vergangenheit durch den Einbau von belastetem Material könnten hierdurch korrigiert werden.

Vorsitzender

Es besteht Einigkeit im Gremium, dass die Straße nicht mehr genutzt werden soll. Es stellt sich nun noch die Frage nach der Abwicklung.

Kreisrat **Rist**

Die durch den Verzicht auf den Rückbau freiwerdenden Mittel sollten zweckgebunden für den Radwegebau verwendet werden.

Vorsitzender

Bei einer Entwidmung werden die betroffenen Stellen angehört.

Herr **Neugebauer**

Im Rahmen dieser Anhörung wird geprüft, ob weiterhin Bedarf an der Straße besteht. Wenn dies nicht der Fall ist, wird die Straße komplett für den motorisierten Verkehr gesperrt und kann der Natur überlassen werden. Gegebenenfalls müssen die Belange des Regierungspräsidiums Freiburg berücksichtigt werden, wenn dieses den Rückbau der Straße zum Schutz des Fauna-Flora-Habitat-Gebiets (FFH-Gebiet) für erforderlich hält.

Kreisrat **Pschorr**

Ergänzend zum Antrag der CDU wird folgendes beantragt:

3. Sofern die Entwidmung ohne Rückbau (Ziffer 1) rechtlich nicht zulässig ist, wird die Verwaltung beauftragt, die Ausführungsplanung für den Rückbau der K 6113 zu erstellen und den Rückbau im Jahr 2026 durchzuführen. Die Planungs- und Baumittel sind in den Haushaltsjahren 2024 – 2026 zu veranschlagen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss – Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (10 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwidmung der K 6113 ohne Rückbau durchzuführen, sofern dies rechtlich zulässig ist.
2. Die aufgrund des Verzichts auf den Rückbau eingesparten Planungs- und Baumittel werden für den Radwegebau verwendet.
3. Sofern die Entwidmung ohne Rückbau (Ziffer 1) rechtlich nicht zulässig ist, wird die Verwaltung beauftragt, die Ausführungsplanung für den Rückbau der K 6113 zu erstellen und den Rückbau im Jahr 2026 durchzuführen. Die Planungs- und Baumittel sind in den Haushaltsjahren 2024 – 2026 zu veranschlagen.

4. Photovoltaikanlagen auf den Liegenschaften des Landkreises Konstanz; Vergaben für das Jahr 2023

Der **Vorsitzende** und Herr **Wendt** stellen den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Zähringer**

Es ist sehr gut, mit welcher Geschwindigkeit der Landkreis den Ausbau vorantreibt. Wünschenswert wäre, wenn andere öffentliche Körperschaften sich hieran ein Beispiel nehmen würden.

Kreisrat **Schmid**

Was ist der Grund für die Abweichung zwischen der Kostenberechnung und dem tatsächlichen Angebot bei der Regenbogen-Schule Konstanz? Eine teure Montage hat auch Auswirkungen auf den Strompreis.

Herr **Wendt**

Alle drei Angebote lagen über der Kostenberechnung, bilden aber die aktuelle Lage am Markt ab. Es muss auch bedacht werden, dass ein Ausbau der Photovoltaikanlagen Stromeinsparungen an anderer Stelle bewirkt. Bei den derzeitigen Strompreisen ist dies eine gute Strategie.

Vorsitzender

Die Amortisationszeit liegt im Schnitt bei etwa 10 Jahren. Dies variiert je nach Anschaffungspreis.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Die Marktlage war bei allen drei Ausschreibungen gleich. Weshalb ist das Angebot für die Regenbogen-Schule Konstanz so viel höher? Wurde in der Leistungsbeschreibung etwas vergessen?

Kreisrat **Schrott**

Bei der derzeitigen Auftragslage der Firmen ist es bereits positiv, dass überhaupt für alle Ausschreibungen mehrere Angebote abgegeben wurden. Trotz der höheren Anschaffungspreise sind weiterhin Einsparungen möglich.

Frau **Seidl**

Für die Differenz gibt es keine schlüssige Erklärung. Da die anderen Angebote jedoch auch in

diesem Rahmen lagen, wird die Vergabe ebenfalls vorgeschlagen.

Herr **Wendt**

Für die Firmen sind Freiflächen-Photovoltaikanlagen lukrativer. Deshalb ist es in der Tat positiv, dass mehrere Angebote angegeben wurden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für die Lieferung und Montage einer Photovoltaikanlage auf der Dachfläche

1. **des Landratsamtes Konstanz wird an die Firma solarcomplex AG aus Singen als wirtschaftlichste Bieterin mit einer Auftragssumme von 329.935,83 EUR vergeben,**
2. **des Berufsschulzentrums Stockach wird an die Firma solarcomplex AG aus Singen als wirtschaftlichste Bieterin mit einer Auftragssumme von 228.322,92 EUR vergeben,**
3. **der Regenbogen-Schule Konstanz wird an die Firma solarcomplex AG aus Singen als wirtschaftlichste Bieterin mit einer Auftragssumme von 151.130,00 EUR vergeben.**

5. Regenbogen-Schule Konstanz;

Vergabe Lieferung und Montage von zwei Klassenzimmer-Containern

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Rist**

Die Container-Lösungen sind nicht optimal. Ist dies dauerhaft vorgesehen?

Vorsitzender

Klassenzimmer-Container können immer nur eine Zwischenlösung sein. Allerdings ist es bei den derzeit laufenden Bauprojekten schwierig, Kapazitäten für mögliche Erweiterungsbauten zu schaffen. Die Übergangslösungen sind mit den Schulen abgestimmt und werden auch akzeptiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für die Lieferung und Montage der Klassenzimmer-Container an der Regenbogen-Schule Konstanz wird an die Firma SABTEC GmbH Modulare Raumsysteme aus Bad Krozingen mit dem wirtschaftlichsten Angebot in Höhe von 212.192,11 EUR vergeben.

6. Landratsamt Konstanz, Dienstgebäude Benediktinerplatz - Brandschutzmaßnahmen (Fluchtstege);

Vergabe Stahlbauarbeiten

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Schmid**

Das Angebot liegt weit über der Kostenberechnung. Wie dringend muss die Maßnahme um-

gesetzt werden? Wäre es möglich, die Maßnahme zu verschieben oder gibt es Verpflichtungen aufgrund des Brandschutzgutachtens?

Kreisrat **Enderlin**

Mit dieser Vergabe sind 80 Prozent der Vergabemittel aufgebraucht. Können die im laufenden Jahr vorgesehenen Maßnahmen nicht mehr umgesetzt werden?

Vorsitzender

Der Brandschutz ist ein ständiges Thema, es werden laufend Maßnahmen umgesetzt. Diese Maßnahme komplett zu streichen, wäre schwierig. Die Folgen bei einem Brand mag man sich nicht vorstellen.

Die Marktlage ist weiterhin schwierig, die Firmen sind ausgelastet. Deshalb entstehen dieselben Probleme wie beim Neubau des Berufsschulzentrums.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Beim Berufsschulzentrum muss eine Zeitschiene eingehalten werden. Bei den Brandschutzmaßnahmen wäre es gegebenenfalls auch möglich, den Auftrag im Herbst zu vergeben.

Vorsitzender

Die Verwaltung wird den Beschlussvorschlag zur Abstimmung bringen. Für einen anderen Beschluss wäre ein Antrag aus dem Gremium notwendig.

Kreisrat **Zähringer**

Sollte die Maßnahme heute nicht vergeben werden, stünden bei einem Brand auch Haftungsfragen im Raum.

Frau **Seidl**

Beim Budget für den Bauunterhalt ergeben sich Verschiebungen, da die Mittel aufgrund von Verzögerungen nicht vollständig bewirtschaftet werden können. Hier werden die Mehrkosten kompensiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (11 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen, 1 Enthaltung):

Der Auftrag für das Gewerk Stahlbauarbeiten am Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1 wird an die Firma Wieser GmbH von der Insel Reichenau mit dem wirtschaftlichsten Angebot in Höhe von 329.951,30 EUR vergeben.

7. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

**7.1. Verkehrsverbund Hegau-Bodensee (VHB);
Tarifanpassung**

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass die Gesellschafterversammlung des Verkehrsverbundes Hegau-Bodensee (VHB) am 23. Mai 2023 die Tarifanpassungen für das Jahr 2024 beschlossen hat. Aufgrund der knappen Zeitschiene war eine Sitzungsvorlage für die heutige Sitzung des Technischen und Umweltausschusses nicht möglich. Über die Tarifanpassung soll daher in der Sitzung des Kreistags am 17. Juli 2023 beraten und beschlossen werden.

Kreisrat **Storz**, MdL

Kann in der Sitzungsvorlage aufgezeigt werden, wie das Deutschlandticket und das JugendticketBW nachgefragt werden und ob Verschiebungen von den bestehenden Ticketangeboten des VHB erkennbar sind?

Vorsitzender

Das kann gerne dargestellt werden.

**7.2. Ablachtalbahn;
Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie der Verwaltung vorab vorgestellt wurde. Die Kreisrätinnen und Kreisräte wurden zur Informationsveranstaltung der Streckenbetreiber am 13. Juni 2023 eingeladen. Die Verwaltung wird das Thema im Herbst in den Technischen und Umweltausschuss einbringen.

**7.3. Gründung eines Aufgabenträgerverbundes;
Aktueller Sachstand**

Der **Vorsitzende** berichtet, dass die eingegangenen Rückmeldungen zum Letter of Intent (LOI) derzeit von der Beratungsgesellschaft geprüft werden. Auf dieser Grundlage wird ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen für den Gründungsprozess erarbeitet.

**7.4. Modal Split Erhebung;
Vergabe**

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Auftrag zur Erhebung des Modal Splits an die Universität Konstanz vergeben wurde. Die Universität wird Haushaltsbefragungen durchführen, um den prozentualen Anteil der einzelnen Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung im Landkreis zu ermitteln. Die Auftragssumme beläuft sich auf circa 100.000 EUR. Das Land Baden-Württemberg fördert die Maßnahme in Höhe von 50 Prozent der Kosten.

**7.5. Seewärmenutzung;
Bitte Kreisrat Dr. Geiger**

Kreisrat **Dr. Geiger** bittet für die nächste Sitzung des Technischen und Umweltausschusses um einen aktuellen Sachstandsbericht zu den Projekten im Hinblick auf die Seewärmenutzung.

Der **Vorsitzende** sichert dies zu.

8. Aufgaben des Betriebsausschusses "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz"

**8.1. Eigenbetrieb "Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz";
Jahresabschluss 2022**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schulz** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Schneble**

Ist der Rückbau der Biogasanlage bereits erfolgt? Wurde der Kostenrahmen eingehalten?

Herr **Schulz**

Die Anlage wurde entleert. Die Entsorgung der Restbestände wird derzeit abgestimmt. Nach aktuellem Stand ist die Maßnahme wesentlich günstiger als geplant.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

1. **Der Jahresabschluss 2022 wird gem. Anlage 2 festgestellt.**
2. **Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.**

8.2. Kalkulation der Abfallgebühren für die Jahre 2024 und 2025

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schulz** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

1. **Der Kalkulationszeitraum wird auf zwei Jahre festgesetzt und umfasst die Jahre 2024 und 2025.**
2. **Die Nachsorgekosten und Rückstellungsbeträge für die Jahre 2022 und 2023 werden nach der Nachsorgekostenberechnung der Fa. ECONUM in die Kalkulation aufgenommen (Anlage 1 –Nachsorgerückstellungsberechnungen Deponien Konstanz-Dorfweiher und Singen-Rickelshausen).**
3. **Der kalkulatorische Zinssatz wird auf 2,0 % festgesetzt.**
4. **Für die Kalkulation 2024 und 2025 sind Kostendeckungsüberschüsse von insgesamt 858.231,70 EUR (2024: 190.200,95 EUR; 2025: 668.030,75 EUR) aufzulösen.**
5. **Die Kalkulation der Abfallgebühren wird, wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage dargestellt, beschlossen.**
6. **Im Kalkulationszeitraum 2024 bis 2025 werden Papier/Pappe/Kartonagen (PPK) und Schrott/Altmetall am Wertstoffhof Singen-Rickelshausen bei Selbstanlieferungen aus privaten Haushaltungen gebührenfrei angenommen.**

8.3. ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz GmbH; Neuvergabe der Containerstellung für den Bahntransport vom Landkreis Konstanz zur KVA Thurgau

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schulz** stellt den Sachverhalt dar.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

Der Vertreter des Landkreises Konstanz wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterver-

sammlung der ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH folgende Zustimmung zu geben:

Der Zuschlag für die Gestellung der Container für den Bahntransport wird an das Angebot der Firma MZV-Dienstleistungsgesellschaft mbH, Rielasingen-Worblingen, erteilt.

8.4. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

8.4.1 Aktion "Weniger Fremdstoffe im Bioabfall";

. Gemeinsame Kampagne der Städte und Gemeinden, des Kompostwerks und des Abfallwirtschaftsbetriebs

Herr **Schulz** berichtet über die Aktion „Weniger Fremdstoffe im Bioabfall“, die gemeinsam mit Vertretern der Städte, Gemeinden, der Betriebe und dem Auftragnehmer, der Fa. RETER-RA, ins Leben gerufen wurde. Das Ziel der Aktion ist die Verbesserung der Biomüllqualität. Parallel zu einer Informationskampagne werden zwei Testfahrzeuge eingesetzt, die über einen Zeitraum von circa 6 Wochen die Müllqualität auswerten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:50 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Für den Ausschuss:

Bernhard Maier

Birgit Brachat-Winder

Für das Protokoll:

Steffen Schmidt